"Heute will man alles schnell und sofort - auch die Veränderung"

Warum Sebastian Kurz mit dem Versprechen einer Veränderung gerade jetzt punkten konnte, erklärt die Kommunikationswissenschafterin Katharine Sarikakis im Interview.

Von Petra Tempfer

Wien. "Zeit für Neues": Mit diesem Slogan ist ÖVP-Chef Sebastian Kurz in den Wahlkampf gezogen. Schon die Erstellung der "Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei" im Mai, der Farbwechsel vom tristen Schwarz zum hippen Türkis sollten Veränderung versprechen. Der allgemeine Wunsch nach etwas Neuem, nach dem Aufbrechen alter Muster dürfte Kurz schließlich bei der Nationalratswahl am vergangenen Sonntag mit zum Sieg verholfen haben. Die ÖVP erreichte laut vorläufigem Ergebnis 31,5 Prozent. Warum dieser Wunsch gerade jetzt derart groß zu sein scheint und man daher mit aggressiver Politik einfacher vorankomme als mit konstruktiver, erklärt die Kommunikationswissenschafterin Katharine Sarikakis, die sich mit politischer Philosophie beschäftigt, im Interview mit der "Wiener Zeitung".

"Wiener Zeitung": Seit 1945 stellte die SPÖ in 16 von 29 Bundesregierungen den Bundeskanzler -Christian Kern dürfte nach dem zweiten Platz der SPÖ (vorläufiges Ergebnis: 26,9 Prozent) bei der Nationalratswahl als kürzestdienender Kanzler der Zweiten Republik in die Geschichte eingehen. Warum konnte Kurz mit seinem Versprechen von Veränderung so erfolgreich punkten?

Katharine Sarikakis: Wenn eine Abmachung nicht wie erwartet funktioniert, will man Veränderung. Diese Abmachung schafft man grundsätzlich durch jede Wahl, mit ihr schließen Bürger und Staat einen Sozialvertrag ab: Ich gebe Dir die Macht, und Du verhilfst mir zu Wohlstand.

Wenn dieses Versprechen ins Wanken gerät und derjenige, der an der Macht ist, keine sofortige



eine Gesellschaft in die Krise. Aktuell ist das vor allem durch das Flüchtlingsthema passiert.

Dadurch wurde die Angst vor Terror geschürt, die Angst, die Identität und das Land zu verlieren, man befürchtete eine Invasion. Kern setzte dabei auf langfristige Programme, um das Problem in den Griff zu bekommen, während Kurz mit der Schlie-Bung der Mittelmeerroute eine harte Linie in der Migrationsfrage propagierte. Teil zwei seines Wahlprogramms, in dem er sich unter anderem für einen Wechsel von der Schulpflicht zur Bildungspflicht und Deutschklassen aussprach, hieß "Aufbruch und Wohlstand".

Es ist immer einfacher, aggressiv in der Politik voranzukommen als konstruktiv, weil die Wähler Lösung parat hat, dann schlittert dabei weniger denken müssen.

Die ÖVP hat genauso wie die FPÖ und auch die Neos versucht, eine negative Wahlkampagne zu führen: Also aufzuzeigen, was alles schlecht und unfair ist, und damit zu punkten. Diese Strategie ist eigentlich uralt.

"Es ist immer einfacher, aggressiv in der Politik voranzukommen als konstruktiv."

Hätte es Kern in der Opposition dadurch leichter?

Die Opposition hat es immer leichter, weil sie bei der Umsetzung ihrer Themen nicht auf die Probe gestellt wird. Mit der Opposition sympathisiert man und solidarisiert man sich viel schneller. Vielleicht will die FPÖ daher (vorläufiges Ergebnis: 26 Prozent, Anm.) ja gar nicht in die Regie-

Dieser Wunsch nach Veränderung, das unzufrieden Sein mit der aktuellen Politik: Ist das nicht ein Wesenszug, der der Gesellschaft grundsätzlich anhaftet - egal, welche Parteien gerade in der Regierung sitzen?

Heute sehe ich diesen Wunsch deutlicher als früher, weil er viel mit Werten zu tun hat. Früher hat man eher ältere Menschen mit Erfahrung gewählt. Unsere heutige Gesellschaft mit Social Media und Internet wird immer schnelllebiger, sie ist aufs Neue, Junge fokussiert. Man will alles schnell und sofort. Auch die Veränderung.

Haben die Menschen tatsächlich Veränderung gewählt?

Grundsätzlich sieht man in ganz Europa die Tendenz, dass junge Männer die "alten Dinosaurier" ersetzen. In Frankreich Emmanuel Macron (der 39-Jährige ist seit 14. Mai 2017 Staatspräsident Frankreichs, Anm.) und in Österreich der 31-jährige Sebastian Kurz. Deren Politik ist aber nur scheinbar progressiv. Es sind alte Ideen mit frischen Gesichtern.

Macron bekommt den Widerstand bereits zu spüren, Hunderttausende protestierten gegen seine Arbeitsmarktreform. Und die Wahlkampf-Themen der "Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei", zu denen zum Beispiel eine Lohnsteuersenkung und "Mindestsicherung light" gehörten, ähnelten ebenfalls jenen der "alten" ÖVP.

War die Nationalratswahl in Österreich eine Protestwahl?

Das würde ich so nicht sagen. Die SPÖ hat ihre stabile Basis von mehr als 25 Prozent der Wählerstimmen gehalten. Die ÖVP und die FPÖ haben das Flüchtlingsthema genutzt. Daraus resultiert, dass die SPÖ nicht mehr da ist, wo sie einmal war.

ZUR PERSON



Katharine **Sarikakis**

ist seit 2011 an der Universität Wien als Universitätsprofessorin für

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft tätig. Die Arbeit der gebürtigen Griechin ist geprägt von der politischen Philosophie. Ihr Fokus liegt auf der Analyse politischer Prozesse sowie den politisch-ökonomischen Dimensionen nationaler und globaler Media Governance. Foto: privat

FPO besteht auf Innenministerium

Die Freiheitlichen stellen die Weichen auf Schwarz-Blau, die ÖVP gibt sich zugeknöpft und spricht von "Annäherungsgesprächen" mit allen Parteien.

Wien. (rei) Man sei jetzt endgültig zu einer "Partei der Mitte" geworden, ja mehr noch, freiheitliche Themen seien in der gesellschaftlichen Mitte angekommen, freuten sich FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache, sein Vize Norbert Hofer und Generalsekretär Herbert Kickl am Mittwoch bei einer Pressekonferenz. Dass die Blauen es auf eine Koalition mit der ÖVP von Sebastian Kurz anlegen, konnte man bei Straches Aussagen zumindest zwischen den Zeilen herauslesen: Nach wie vor gebe es eiaufrechten Parteitagsbeschluss der SPÖ, der eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen auf Bundesebene ausschließen würde, diesen müsste SPÖ-Chef und Noch-Kanzler Christian Kern zuerst einmal aufheben lassen, dann würde man weitersehen, sagte Strache vor den Journalisten.

Man erwarte, dass Kurz als Chef der stimmenstärksten Partei mit dem Auftrag zur Regierungsbildung zuerst mit der FPÖ reden werde, so Strache, der im Laufe des Mittwochs mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen zu einem Gespräch zusammentraf. Strache richtete dem Staatsoberhaupt präventiv aus, die freiheitlichen Politiker seien "zur Wahl angetreten und haben dort Vertrauen bekommen" – eine Anspielung auf Van der Bellens Ankündigung, er werde sich die neue Regierung sowohl inhaltlich als auch personell genau ansehen.

"Botschaft" an Van der Bellen

Dem Bundespräsidenten komme in den kommenden Tagen und Wochen zwar eine gewichtige Rolle zu, "Zensur" zu üben, das könne er aber nicht, sagte Strache wohl in Bezug auf die Möglichkeit, dass Van der Bellen freiheitliche Ministerwünsche ausschlagen könnte. "60 Prozent haben freiheitliche Inhalte gewählt", sagte der FPÖ-Chef. Die Frage, ob die FPÖ auf dem Posten des Innenministers bestehen würde, beantwortete Strache mit einem knappen "ja". Ein Staatssekretär für den Bereich Inneres würde nicht ausreichen. Gleichzeitig war die blaue Par-

teispitze bemüht, im Koalitionspoker ihr Gesicht zu wahren. Man führe sicher keine Parallelverhandlungen mit der SPÖ, verhandle immer nur mit einer Partei, versicherten Strache und Hofer. Auch "unmoralische Angebote", wonach Hofer - im Austausch mit Minister-Forderungen Richtung ÖVP -Erster Nationalratspräsident werden könnte, wies man zurück. Dieser stehe der stimmenstärksten Partei zu, beteuerte die FPÖ-Führung. Freiheitliche Themen - Sicherheit, Zuwanderungsstopp und "höhere Löhne" - müssten sich aber in jedem Fall in einem Koalitionsübereinkommen wiederfinden. Gleichzeitig gossen Strache und Hofer Öl ins Feuer der innerparteilichen Debatten in der SPÖ.

"Wettbewerb der besten Ideen"

Die FPÖ wolle die Opposition so gut es geht in die Regierungsarbeit einbinden, es solle im Parlament einen "Wettbewerb der besten Ideen" geben. Bei der Frage der "Kammerzwänge", also der Mitgliedschaft bei Arbeiter- und Wirtschaftskammer, stünde ja durchaus auch eine Zwei-Drittel-Mehrheit zur Verfügung, spielte Hofer auf eine entsprechende Forderung der Neos an. Für die aus

dem Parlament scheidenden Grünen hatte die FPÖ-Führung nur Spott über: Diese seien, auch wegen ihrer "hasszerfressenen Politik gegenüber der FPÖ", aus dem Nationalrat gewählt worden; ob die Grünen weiter Fördergelder bekommen sollen, müsse im Nationalratspräsidium diskutiert werden, sagte Hofer.

Ebenfalls zum Gespräch bei Van der Bellen geladen war am Mittwoch SPÖ-Chef Kern. Die ÖVP lässt sich ihrerseits im Koalitionspoker nicht in die Karten blicken: Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer sprach am Mittwoch von "Annäherungsgesprächen", die man mit allen im Parlament vertretenen Parteien führen werde. Burgendlands SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl will "nicht um jeden Preis" eine Koalitionsbeteiligung der SPÖ.